

Jugend in Europa heute: Lebenslagen, Einstellungen zu Europa, politische Orientierungen

Wolfgang Gaiser, Johann de Rijke

1 Einleitung

Einen Hinweis auf die europaoffene Haltung von jungen Menschen liefern die Wahlen in Großbritannien. Zwar stimmte knapp die Hälfte (52%) der Briten im Juni 2016 für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, also für den Brexit. Unter den 18- bis 24-Jährigen entschieden sich hingegen 73% für den Verbleib. Allerdings war die Wahlbeteiligung in diesen Altersgruppen besonders niedrig und ihr Anteil an den Wahlberechtigten vergleichsweise gering (vgl. *Sturm* 2016).

Diese Sicht auf eine wichtige nationale Entscheidung über die Zukunftsperspektiven der EU zeigt die Bedeutung des Blicks auf Jugendliche in Europa. Dies wird auch dementsprechend von der Politik bzw. der Politikberatung hervorgehoben. So betont der Dritte Jugendbericht der EU-Kommission, dass die Lebenslagen von Jugendlichen große jugendpolitische Herausforderungen darstellen und formuliert Empfehlungen, welche die europäischen Institutionen aufgreifen sollten (*EU-Kommission* 2015). Auch in den Koalitionsvereinbarungen von CDU, CSU und SPD aus dem Frühjahr 2018 werden europapolitische Fragen mit dem Ziel hervorgehoben, dass „junge Menschen ihre Hoffnungen auf Europa“ (*Breyer/Weber* 2018, S. 67) setzen können. Solchen Positionierungen wird jedoch auch begründete Skepsis entgegengebracht. *Jürgen Habermas*, der über Jahre hinweg sich für eine verstärkte Europaorientierung zu Wort meldete, warnte kürzlich vor „dem gewohnten Wortschwall wählertäuschender Europafreundlichkeit“ (*Habermas* 2018a, S. 41). Deutlicher und optimistischer wird zuweilen von der Hoffnung gesprochen, dass Jugendliche mit europafreundlichen Haltungen eher als Erwachsene als mögliche Protagonistinnen und Protagonisten für eine stärkere europäische Integration für die Zukunft gelten können (vgl. zur Bedeutung politischen Engagements bei Jugendlichen auch *Gaiser/de Rijke* 2016).

Vor einem solchen Hintergrund werden im Folgenden einige Aspekte von Lebenslagen und Orientierungen junger Menschen in Europa skizziert. Hierfür werden europaweite Befragungen genutzt, insbesondere die Eurobarometer Studien und die letzte Erhebung des European Social Survey¹ von 2016. Zu den Lebenslagen werden knapp Bilanzen und Trends dargestellt. Im Hinblick auf Europaorientierungen sowie politische Einstellungen wird auch ein Vergleich der jüngeren Generation mit den Älteren vorgenommen, um zu beleuchten, inwieweit Jugendliche tatsächlich als „Protagonisten“ für eine stärkere Europaorientierung gelten können.

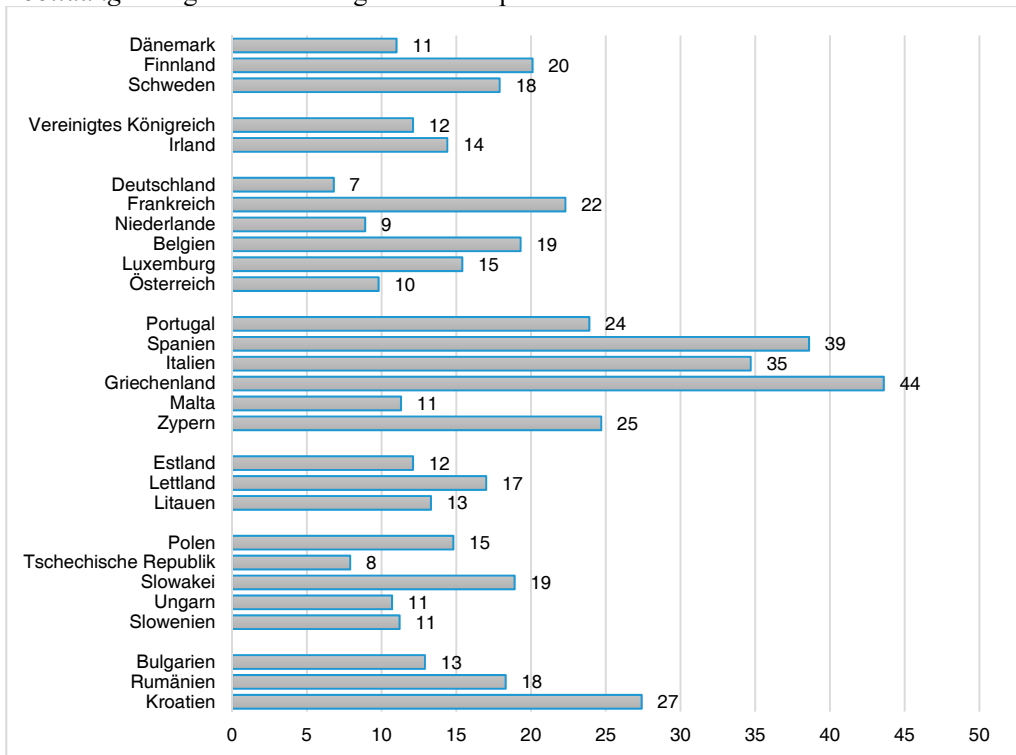
2 Lebenslagen: Arbeit und Partizipation

2.1 Jugendarbeitslosigkeit – unterschiedliche Rahmenbedingungen für Heranwachsende in Europa

Ein Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit in Europa verdeutlicht die Unterschiedlichkeit der sozialen Lage von jungen Menschen. Dieses Problem wird von der Öffentlichkeit und der Politik angesichts der Themen Migration, Schulden, Finanzen, Eurostabilität, Digitalisierung usw. oft in den Hintergrund gedrängt, obwohl manchmal von einer „verlorenen Generation“ gesprochen wird, vor allem bezogen auf die südlichen europäischen Länder. Aus den offiziellen Daten von *Eurostat* (2018) wird klar, dass vor allem in den südeuropäischen Ländern (Griechenland, Spanien, Italien) die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit trotz eines gewissen Rückgangs immer noch sehr gravierend sind. Griechenland weist eine Jugendarbeitslosenquote von 44% auf (als der Anteil 15- bis 24-Jährigen an den dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden der gleichen Altersgruppe) – in Spanien beträgt sie 39%, in Italien 35%.

Die Länder Westmitteleuropas sind vergleichsweise geringer vom Problem der Jugendarbeitslosigkeit betroffen, vereinzelt auch andere Länder: in Deutschland, den Niederlanden und Österreich liegen die Werte bei maximal 10%, allerdings liegt der Wert für Frankreich bei 22%.

Abbildung 1: Jugendarbeitslosigkeit in Europa



Quelle: Eurostat 2018

2.2 Zivilgesellschaftliche Integration und Partizipation – zunehmend aber ungleich

Basierend auf den Daten des aktuellen Eurobarometers „European Youth“ (Feldphase 2017, mit Zeitvergleich zu 2014 vgl. *Flash Eurobarometer* 455, 2018) lässt sich die knappe Trendaussage, die noch mit anderen empirischen Daten geprüft werden muss, formulieren: Trotz schwieriger Einmündung in den Arbeitsmarkt gelingt (zumindest in gewissem Umfang und für gewisse Gruppen) soziale Integration. Insgesamt ist die nachwachsende Generation sozioökonomisch nach wie vor unter Druck aber verstärkt politisch interessiert und soziokulturell teilweise sogar zunehmend eingebunden. So hat gerade in den Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit die Mitwirkung in Vereinen, Verbänden, NGOs zugenommen (Italien um 20%, Griechenland um 16%). Vielleicht zeichnet sich hier ein Trend zu einer eher alternativen Vernetzung ab, wenn die traditionelle Integration in den Arbeitsmarkt wenig aussichtsreich ist. Eine Zunahme gibt es aber auch in Deutschland (um 6%) und in Österreich (um 7%) – eventuell also ein genereller Trend, der mit der zunehmenden politischen Involvierung korrespondiert.

Eines der wenigen Länder mit Abnahme des Engagements ist Großbritannien (um 11%) – möglicherweise eine besondere, generelle Institutionenverdrossenheit im Zusammenhang mit dem Brexit-Votum der älteren Generation und gegenüber jeder Art von Organisationen. Vielleicht ist hier aber auch eine Tendenz erkennbar, die für die Spätmoderne als Abwendung von der sozialen Logik des Allgemeinen als Verbindendem und Hinwendung zum Singulären und Besonderen beschrieben wird (*Reckwitz* 2017).

Soziodemographische Differenzierungen sind europaweit erheblich. Gravierende und politisch herausfordernde Ungleichheit entsteht durch unterschiedliche Bildungsniveaus. Die soziale und zivilgesellschaftliche Partizipation ist hoch und leicht steigend, aber nicht alle finden hier einen Zugang: Gut die Hälfte ist in Vereinen, Verbänden, Organisationen involviert – 53% der jungen Menschen waren in den letzten zwölf Monaten an den Aktivitäten von mindestens einer Organisation beteiligt.

Die Teilnahme an politischen Wahlen hat nach den Nennungen im Eurobarometer seit Dezember 2014 deutlich (um 18 Prozentpunkte) zugenommen. Eine große Mehrheit der Befragten (64%) gibt an, dass sie sich an politischen Wahlen in den letzten drei Jahren beteiligt haben – am häufigsten auf lokaler oder nationaler Ebene.

Ehrenamtliches Engagement wird hier als eine Aktivität definiert, die innerhalb einer Organisation oder einer Gruppe von Menschen ausgeübt wird. Diese unbezahlte Tätigkeit für eine Sache, z.B. Klimawandel, Menschenrechte, oder für Personengruppen in Not – andere als nahe Verwandte – hat zugenommen. Die Teilnahme an freiwilligen Aktivitäten ist auf fast ein Drittel der Befragten gestiegen: Etwa drei von zehn Befragten (31%) gaben an, in den letzten zwölf Monaten an organisierten Freiwilligenaktivitäten teilgenommen zu haben (ein Anstieg von sechs Prozentpunkten seit 2014). Die freiwilligen Aktivitäten waren dabei zumeist auf die lokale Ebene ausgerichtet (zwei Drittel), ein Drittel auf die nationale Ebene, je ein Zehntel auf Europa bzw. global.

3 Vertrauen und Erwartungen gegenüber Europa

3.1 Einstellungen gegenüber Europa

Eine positive Sicht auf Europa und die Prozesse, in denen eine Integration und eine demokratisch bessere Konstitution der europäischen Institutionen vorangetrieben werden sollte, ist angesichts der immer wiederkehrenden Krisensituationen von besonderer Bedeutung für die europäische Bevölkerung. *Jürgen Habermas* hat immer wieder eine solche Notwendigkeit für eine europäische politische Öffentlichkeit betont und auf ein verbindendes Bewusstsein europäischer Solidarität, welches von einem Nationalbewusstsein zu unterscheiden ist, als zentral und nachweisbar hingewiesen (*Habermas* 2018b, grundlegend hierzu *Habermas* 2012). Insofern sind etwa aktuelle Umfrageergebnisse, die auf eine bei den Bürgerinnen und Bürgern gestiegene Zustimmung zur EU verweisen, von Interesse. Danach sind mehr als zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger der EU der Ansicht, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert. Dieser Aussage stimmen die Jüngeren (zu fast drei Viertel) noch häufiger zu (*European Parliament* 2018).

Ergänzend kann zur Differenzierung der Ergebnisse zur Europaorientierungen der *European Social Survey* von 2016 (die vollständigen Daten sind seit Juni 2018 zugänglich) herangezogen werden. Eine Frage soll hier besonders betrachtet werden, nämlich ob die Jüngeren eine deutliche positivere Einstellung zu Europa haben als die Älteren. Die Fragen hierzu sind, inwieweit eine Verbundenheit mit der eigenen Nation sowie mit Europa besteht und wie die Einstellung zu einer Erweiterung von Europa ist, also ob die Vereinigung bereits zu weit gegangen ist oder diese noch weitergehen könnte.

Festzustellen ist, dass die Verbundenheit mit der eigenen Nation in allen Ländern höher ist als die zu Europa. Dennoch gibt es eine starke Verbundenheit mit Europa – was nicht zur Annahme einer generellen Europaskepsis passt. Differenzen zu den über 30-Jährigen, findet man häufig bezüglich der Verbundenheit mit der eigenen Nation, welche bei diesen stärker ausgeprägt ist. Dies weist möglicherweise darauf hin, dass die Jüngeren aufgeschlossener sind für gemeinsame europäische Lösungen angesichts der derzeitigen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen in Europa.

Interessant in diesem Zusammenhang sind auch die Antworten auf eine Frage, die auf eine klare Europaskepsis (angesichts der bisherigen Erweiterungen auf 28 Nationen) zielt, mit dem einen Pol: Die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen. Bei dieser Frage finden wir klare europa-freundlichere Positionen bei den Jungen, teilweise jedoch mit deutlichen Unterschieden in einzelnen Ländern. Insgesamt kann man also eine stärkere europafreundliche Haltung bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen erkennen, auch wenn sich dies bei der Verbundenheit mit Europa weniger deutlich zeigt.

Tabelle 1: Verbundenheit mit eigener Nation und mit Europa

	15-30 Jahre			über 30 Jahre		
	Verbundenheit mit eigener Nation	Verbundenheit mit Europa	EU-Erweiterung zu weit – soll weiter gehen	Verbundenheit mit eigener Nation	Verbundenheit mit Europa	EU-Erweiterung zu weit – soll weiter gehen
Nordeuropa						
Finnland	76	60	51	86	64	46
Schweden	66	58	55	82	63	47
Westeuropa						
Vereinigtes Königreich	60	52	52	73	45	40
Irland	71	53	54	79	50	46
Deutschland	65	59	63	78	63	59
Frankreich	75	62	55	82	58	49
Niederlande	64	51	54	73	57	50
Belgien	63	56	54	67	55	50
Österreich	69	56	54	80	58	40
Südeuropa						
Portugal	78	63	60	87	58	59
Spanien	69	63	64	79	64	62
Italien	76	61	51	79	54	44
Osteuropa						
Estland	69	54	53	81	51	44
Litauen	76	63	62	78	51	52
Polen	76	63	57	87	68	56
Tschechische Republik	74	66	52	79	65	42
Ungarn	77	70	47	85	71	40
Slowenien	63	52	57	75	53	56

Anmerkungen: Gefühlsmäßige Verbundenheit mit dem Land, in dem man lebt, und mit Europa.

0 – gefühlsmäßig überhaupt nicht verbunden bis 100 – gefühlsmäßig sehr verbunden.

Ist die Europäische Einigung schon zu weit gegangen, oder sollte sie weitergehen.

0 – Einigung ist schon zu weit gegangen bis 100 – Einigung sollte weitergehen.

Quelle: European Social Survey 2016

3.3 Erwartungen an Europa

Mit der Perspektive auf politische Erwartungen an Europa wurde im Flash-Eurobarometer gefragt, worum es stärker gehen sollte (*Flash Eurobarometer 455* 2018). Wenig überraschend sind die am häufigsten genannten vorrangigen „Großthemen“, die auf EU-Ebene angegangen werden sollten: Bildung und Qualifikation (53%), Umweltschutz (50%), Beschäftigung (42%) sowie Steuerung der Migration und Integration von Flüchtlingen (40%). Bezogen auf spezielle politische Handlungsfelder werden Aspekte eines positiv-kritischen Europabewusstseins erkennbar, weil die jungen Menschen betonen, dass eine bessere Bildung in Bezug auf europäische Angelegenheiten wichtig wäre: Eine große Mehrheit (über 80%) meint, dass die nationalen Regierungen die schulische Bildung über Rechte und Pflichten als EU-Bürgerinnen und Bürger stärken sollten und dass das Begreifen europäischer Geschichte, Kultur, sowie der Funktionsweise der EU und ihrer Institutionen Teil der Schulpflicht sein sollte. Besonders wichtige Ideen für die Zukunft junger Menschen in Europa waren:

- die Förderung von kritischem Denken und die Fähigkeit, Informationen zu suchen, um Fehlinformationen und Extremismus zu bekämpfen (49%),
- Erleichterung des Zugangs zu Informationen für Aufenthalte und Beschäftigung im Ausland (49%);
- umweltfreundliche Projekte fördern (40%).

4 Politische Orientierungen

Politische Orientierungen werden in wissenschaftlicher Perspektive differenziert unterschieden, auch um dem globalen Begriff der „Politikverdrossenheit“ eine, der Komplexität von politischen Einstellungen, angemessene empirische Analysemöglichkeit zu geben (vgl. *Arzheimer* 2001, *Gaiser* u.a. 2016). Unterschieden werden dabei Einstellungen von grundlegenden Werten der Demokratie bzw. zur Demokratie als politischem Basisordnungsmodell der Gesellschaft, zum konkreten Funktionieren der Demokratie in der Praxis sowie zum Vertrauen in politische Institutionen und zu den Inhaberinnen und Inhabern politischer Positionen. Empirisch ergibt sich dabei ein Bild, in dem die Zustimmungen der Bürger und Bürgerinnen vom Abstrakten zum Konkreten zumeist abnehmen. Die Demokratie als Herrschaftsmodell findet die breiteste Akzeptanz, geringer ist dann die Zufriedenheit mit der konkreten Praxis der Demokratie. Bei den Institutionen finden solche, die nicht unmittelbar mit dem politischen Prozess verbunden werden, also Gerichte und Polizei, ein hohes Vertrauen, geringer ist dieses bei den Institutionen der repräsentativen Demokratie, d.h. beim Parlament, der Regierung sowie den Parteien. Am wenigsten Vertrauen finden schließlich Politikerinnen und Politiker als die Akteure des politischen Systems.

Entsprechend dem angedeuteten differenzierten Modell politischer Einstellungen zeigt sich in den Daten des European Social Survey (sie umfassen nicht alle Aspekte des ausführlichen Konzepts), dass die Zufriedenheit mit der Demokratie auch bei den Jüngeren generell höher ist als die Zufriedenheit mit der Regierung. Die Werte in den südlichen EU-Ländern und teilweise auch in den östlichen Ländern sind allerdings bei der Zufriedenheit mit der Demokratie geringer als in den anderen europäischen Ländern.

Bei den Institutionen ist das Vertrauen in die Justiz am höchsten, in die politische Akteure insgesamt am geringsten. Ähnliche Differenzierungen zwischen den Staatengruppen wie bei der Demokratiezufriedenheit findet man auch hier. Interessanterweise ist das Vertrauen in das Europäische Parlament keinesfalls gering, das Niveau entspricht etwa dem Vertrauen ins eigene Parlament (nicht in der Tabelle angeführt).

Im Generationenvergleich wird sichtbar, dass zumeist das Vertrauen der Jüngeren stärker ist als das der über 30-Jährigen. Das gilt auch bezüglich des Vertrauens in Politikerinnen und Politiker – die Jüngeren sind insofern nicht deutlich „politikerverdrossener“ als die Älteren. Das Vertrauen in das Europäische Parlament ist bei den über 30-Jährigen unübersehbar geringer als bei den Jüngeren, in einzelnen Ländern sogar über zehn Punkte. Im Vereinigten Königreich liegen die zwei Altersgruppen 13 Punkte auseinander (Ältere 34, Jüngere 47), was mit den Wahlergebnissen des Brexits korrespondiert.

Tabelle 2: Zufriedenheit mit Regierung und Funktionieren der Demokratie

	15-30 Jahre		über 30 Jahre	
	Zufriedenheit mit Regierung	Zufriedenheit, wie Demokratie funktioniert	Zufriedenheit mit Regierung	Zufriedenheit, wie Demokratie funktioniert
Nordeuropa				
Finnland	47	65	48	62
Schweden	48	69	48	63
Westeuropa				
Vereinigtes Königreich	47	56	47	54
Irland	47	56	45	53
Deutschland	55	63	49	59
Frankreich	35	46	31	42
Niederlande	57	64	54	61
Belgien	51	59	45	53
Österreich	51	61	43	57
Südeuropa				
Portugal	48	51	51	49
Spanien	32	41	33	45
Italien	34	43	31	40
Osteuropa				
Estland	46	55	40	50
Litauen	44	56	41	46
Polen	39	48	42	47
Tschechische Republik	49	56	46	50
Ungarn	44	49	46	48
Slowenien	37	47	33	36

Anmerkungen: Zufriedenheit mit den Leistungen der Regierung (im Land) und Zufriedenheit damit, wie die Demokratie (im Land) funktioniert.

0 – äußerst unzufrieden bis 100 – äußerst zufrieden.

Quelle: European Social Survey 2016

Insgesamt findet sich also ein relativ klarer Hinweis auf eine stärker positive Sichtweise der jüngeren Generation bzgl. Europa, was also die Hoffnungen der Europaoptimisten auf die Jugend bestätigen könnte. Hinweise auf stärker positive Demokratieorientierungen sind eher schwächer, aber doch auch sichtbar in diesen sehr generellen Einstellungsdaten. Als vager Hintergrund für die Sichtbarkeit von einer Europaunterstützung bei den Jüngeren in vielen Feldern von Politikthemen (etwa beim „Pulse of Europe“ Engagement, den Protesten gegen europafeindliche populistische Politiken in einzelnen europäischen Ländern) mögen diese Ergebnisse doch dienen können.

Ergänzend stellt sich die Frage, ob die politischen Einstellungen sowie die EU-Einstellungen mit der sozio-ökonomischen Situation zusammenhängen. Auf der Ebene der 18 EU-Länder findet man empirisch einen Zusammenhang zwischen Jugendarbeitslosigkeit und politischen Zufriedenheiten bzw. Vertrauen, jedoch kaum mit den Europaorientierungen. Deutlich wird etwa, dass die südlichen europäischen Länder mit hoher Jugendarbeitslosigkeit (Italien, Spanien) eine geringe Zufriedenheit mit der Regierung sowie mit der Art, wie die Demokratie funktioniert, aufweisen. Hohe Zufriedenheit findet man hingegen bei den mitteleuropäischen Ländern mit relativ guter ökonomischer Situation, in

Deutschland, den Niederlanden und Österreich. Jedoch müssten solche Zusammenhangshinweise genauer betrachtet werden (etwa weisen Polen, Ungarn und Slowenien trotz geringer Jugendarbeitslosigkeitsquoten eher geringere politische Zufriedenheiten auf), und vor allem müssten sie auf der Individualebene analysiert werden, auf die man ja nicht unmittelbar von der Aggregatebene, wie in den aufgeführten Daten, schließen kann.

Tabelle 3: Vertrauen in Justiz, Politiker, EU-Parlament

	15 - 30 Jahre			über 30 Jahre		
	Vertrauen in Justiz	Vertrauen in Politiker	Vertrauen in Europ. Parla- ment	Vertrauen in Justiz	Vertrauen in Politiker	Vertrauen in Europ. Parla- ment
Nordeuropa						
Finnland	70	50	60	72	47	60
Schweden	61	49	56	62	47	46
Westeuropa						
Vereinigtes Königreich	60	38	47	59	38	34
Irland	58	39	55	54	37	48
Deutschland	67	47	56	60	40	41
Frankreich	55	30	45	49	29	36
Niederlande	66	55	55	61	50	45
Belgien	59	46	57	51	40	43
Österreich	67	42	49	62	38	36
Südeuropa						
Portugal	47	31	51	39	23	39
Spanien	42	24	48	38	24	41
Italien	47	26	45	45	22	39
Osteuropa						
Estland	62	39	53	57	36	44
Litauen	54	36	62	50	35	55
Polen	46	27	42	38	25	38
Tschechische Republik	54	38	46	51	40	43
Ungarn	53	36	46	54	38	44
Slowenien	46	27	48	34	24	37

Anmerkungen: Persönliches Vertrauen in die Justiz, in die Politiker, ins Europäische Parlament.
0 – vertraue überhaupt nicht bis 100 – vertraue voll und ganz.

Quelle: European Social Survey 2016

5 Fazit und Ausblick

Welche Folgerungen lassen sich nun für die Jugendpolitik in Europa aus den thesenförmigen Überlegungen und skizzierten Daten ableiten? Strukturell wären (unter Bezug auf *Bourdieu*) die Stärkung von drei „Kapitalien“ von Relevanz: ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital (*Bourdieu* 1983). Gesellschaftliche Ermöglichung von Zugängen hierzu gerade in der Lebensphase von der Kindheit zum Erwachsensein stärkt das Gelingen von Biographien und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bezogen auf ökonomisches Kapital geht es darum, allen jungen Menschen den Zugang zu stabiler und den Lebensun-

terhalt sichernder Beschäftigung zu ermöglichen. Bezogen auf soziales Kapital geht es um die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und deren gezielte Öffnung für die nachwachsende Generation (mit all ihrer Individualität, Mobilität, Diversität, kulturellen Vielfalt, Zeitknappheit, Digitalisierung usw.). Bezogen auf kulturelles Kapital geht es um ein Demokratielernen in und für Europa: Einsicht und Erfahrungen zu fundamentalen Werten, Strukturen und Verfahren. Problematisch bleibt aber die ungleiche Verteilung demokratischer Teilhabe nach sozioökonomischen Kriterien. Handlungsbedarf besteht daher weit über den Bildungskontext hinaus: Bildung alleine kann nicht ausgleichen, was Wirtschaft, Politik und Gesellschaft an Teilhabe nicht hinlänglich ermöglichen.

Auf Letzteres hat auch deutlich der bereits zitierte Dritte Jugendbericht der *EU-Kommission* (2018) hingewiesen. Er konstatiert zwar – bezogen auf die 90 Mio. 15- bis 29-Jährigen – positiv, dass zwischen 2013 und 2015 die Rate der jungen Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen leicht anstieg, betont aber kritisch, dass sich für Teilgruppen die Auswirkungen der ökonomischen Krise verschärft haben: Junge Menschen mit Migrationshintergrund, mit geringer Bildung oder gesundheitlichen Problemen haben ein höheres Risiko, zur Gruppe der 13,7 Mio. NEETs (weder in Arbeit noch in Bildungs- oder Ausbildungsmaßnahmen) zu gehören. Dies hat Auswirkungen auf das soziale und politische Leben, denn diese Jugendlichen finden (und haben) es schwer, ihren politischen Willen zu artikulieren und beteiligen sich weniger an Wahlen oder auch an Freiwilligen- oder Kulturaktivitäten.

EU-Rat und EU-Kommission sehen aufgrund solcher Problemdiagnosen folgende Herausforderungen: Es sollen Maßnahmen ergriffen werden, um die Beteiligung aller jungen Menschen an sozialen und politischen Aktivitäten zu sichern und hierfür sollen auch neue Formen der Offline- und Online-Partizipation bei der politischen Entscheidungsfindung etabliert werden. Betont wird, dass es eine „ultimative, dringende Notwendigkeit“ gibt, alle Bemühungen zur Stärkung der Kapazitäten der Jugendarbeit zu stärken, die als Foren der Interessenartikulation und Integrationskräfte wirken können, und dass hierzu europäische, nationale, regionale und lokale Ressourcen in einen Prozess der Koproduktion von Sozialkapital zu bringen wären.

Als Folgerung zur Stärkung politischen Engagements und politischer Bildung junger Menschen kann dementsprechend festgehalten werden: Es bedarf einer demokratischen politischen Kultur auf der gesellschaftlichen Ebene, einer institutionalisierten Partizipation auf der Ebene der Organisationen und biographischer Erfahrungen durch Anerkennung und Selbstwirksamkeit auf der subjektiven Ebene bei den Individuen selbst. Für Akteure und Mitwirkende auf jeder dieser Ebenen ist es eine Herausforderung, Beteiligungsdefizite zu reflektieren sowie Chancen und Partizipation zu fördern.

Letztlich ist es aber eine Herausforderung für alle Europäerinnen und Europäer, nicht nur für die jungen, Selbstpositionierung, Akzeptanz von Interessenkonflikten und dialogischen Aushandlungsprozessen, Konfliktlösung und Kompromissregelung zu lernen und hierfür Gelegenheitsstrukturen vorfinden zu können. Und generell gilt besonders für die junge Generation, was *Jürgen Kocka* kürzlich betont hat: „Für Europa ist (die) zivilgesellschaftliche Dimension absolut wichtig, sie bietet Chancen für Engagement und für Graswurzel-Partizipation, und sie ist in den letzten Jahren stärker geworden.... Die Zivilgesellschaft, die Vereine, die Stiftungen, das Sich-drum-Kümmern, das Sich-Einsetzen, das Sich-Engagieren vieler – all das hat ungeheuer zugenommen in den letzten Jahrzehnten. Dies ist eine neue Ressource für das Zusammenwachsen Europas von unten, die in früheren Phasen noch weitgehend fehlte“ (*Kocka* 2018, S. 11).

Anmerkung

- 1 ESS Round 8: European Social Survey Round 8 Data (2016). Data file edition 2.0. NSD - Norwegian Centre for Research Data, Norway – Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC. – Am ESS-Projekt waren nur 18 Länder der EU beteiligt. Fallzahlen der 15- bis 30-Jährigen durchschnittlich 370, Fallzahlen je Land insgesamt durchschnittlich 1970 (mit größeren Variationen). Das Designgewicht wurde verwendet.

Literatur

- Arzheimer, K. (2002): Politikverdrossenheit. – Wiesbaden.
- Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt Sonderband 2. – Göttingen, S. 183-198.
- Breyer, T./Weber, P. (2018): Zeitfluchten Europas, Merkur, 72, 829, S. 61-68.
- European Parlament (2018): Eurobarometer Survey 89.2. Democracy on the Move. European Elections – One Year to go. – Straßburg.
- EU-Kommission (2015): 3. EU-Jugendbericht. Online verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM:2015:429:FIN>, Stand: 11.07.2018.
- Eurostat (2018): Jugendarbeitslosigkeit nach Geschlecht, Alter und Bildungsabschluss. [yth_empl_090]. Online verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database>. Stand: 12.07.2018.
- Flash Eurobarometer 455 (2018): “European Youth“. European Union: Online verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/82294>, Stand: 11.07.2018.
- Gaiser, W./Gille, M./de Rijke, J. (2016): Einstellungen junger Menschen zur Demokratie. Politikverdrossenheit oder politische Kritik? Aus Politik und Zeitgeschichte, 40, 42, S. 36-41.
- Gaiser, W./de Rijke, J. (2016): Politisches Engagement junger Menschen in Europa. In: Gaiser, W./Hanke S./Ott, K. (Hrsg.): Jung – Politisch – Aktiv?!. Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. – Bonn, S. 131-169.
- Habermas, J. (2012): Zur Verfassung Europas. Ein Essay. – Bonn.
- Habermas, J. (2018a): Europas zögerliche Liebhaber. Die Zeit, 1. März 2018, S. 41.
- Habermas, J. (2018b): Unsere große Selbsttäuschung. Ein Plädoyer gegen den Rückzug hinter nationale Grenzen. Blätter für deutsche und internationale Politik, 63, 8, S. 91-96.
- Kocka, J. (2018): „Die Integration ist auf dem Weg“. Europa kann von der Zivilgesellschaft und neuen Narrativen profitieren. WZB Mitteilungen 160, Juni 2018, S. 9-11.
- Reckwitz, A. (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. – Frankfurt am Main.
- Sturm, R. (2016): Uneiniges Königreich? Großbritannien nach dem Brexit-Votum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 49-50, S. 17-23.